

Ottendorfer Zeitung

Local-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich beim Abholen von der
Geschäftsstelle 1.00 Mk., frei ins Haus
1.50 Mk.
Einzeln Nummer 10 Pfg.
Erscheint Dienstags, Donnerstags und
Sonnabends Nachmittags.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Anzeigen-Preis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum
20 Pfg., Lokalpreis 15 Pfg.
Reklamen auf der ersten Seite 40 Pfg.
Anzeigen-Aufnahme
bis spätestens Mittags 12 Uhr des
Erscheinungstages.

Druck und Verlag von Hermann Röhle, Ottendorf-Okrilla.

Verantwortlicher Schriftleiter Hermann Röhle, Groß-Okrilla.

Nummer 139

Freitag, den 29. November 1918.

17. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Neubelegung des hiesigen alten Gottesacker.

Nach Bestimmung des hiesigen Kirchenvorstandes soll auf dem neuen Gottesacker die Bestattung mit den Gräbern kleiner Kinder wieder belegt werden. Ferner soll auch der alte Gottesacker neubelegt werden und zwar zunächst die östliche hintere Ecke am Pfarrgarten. Derjenigen, welche nunmehr verfallene, 25 Jahre alte, Gräber ihrer Angehörigen zu erhalten wünschen, müssen diese Gräber auf weitere 25 Jahre lösen, bei der Kirchkasse.

Alle nicht bis zum 1. Dezember d. J. neugelösten Gräber werden nach dieser Frist wieder belet und die von den Familienangehörigen nicht beanspruchten Leichensteine und Grabeingassungen werden eingezogen und zugunsten der hiesigen Gottesackerlosse verkaufte Räume dürfen nicht entfernt werden.

Die neugelösten Gräber müssen, ebenso wie alle sonst verfallenen Gräber, neu vorgerichtet und Steine und Einfassungen erneuert werden und hat man sich dabei nach den Weisungen des Kirchenvorstandes und des Friedhofswärters zu richten.

Der Kirchenvorstand ist befugt, die Neuherichtung verfallener Gräber, im Falle des Unterbleibens seitens der Verpflichteten, auf deren Kosten vornehmen zu lassen.

Ottendorf, den 14. November 1918.

Der Kirchenvorstand.

Pfarrer E. Werner,
Vorsitzender.

Neuestes vom Tage.

Soweit sich die Parteigruppierung insolge der Revolution bisher übersehen läßt, werden bei den Wahlen zur Nationalversammlung folgende Parteien zur Entscheidung vor die Wähler stellen:

Sozialdemokratische Partei: (Edert Scheidemann), Unabhängige Sozialdemokratische Partei: (Haase, Ledebour), Spartakusklub: (Liebknecht, Rosa Luxemburg), Deutschdemokratische Partei: (Rog Weber, Fischbeck, Theodor Wolff, v. Richter), in der Hauptsache die frühere fortschrittliche Volkspartei und der linke Flügel der Nationalliberalen, Deutsche Volkspartei: (Friedberg, Stresemann, Wiemer, Kopsch), in der Hauptsache die früheren Nationalliberalen und eine große Anzahl Fortschrittler, Christlich-demokratische Volkspartei: (Erberger, Pfeiffer), das frühere Zentrum, Deutsch-nationale Volkspartei: (Behrens, Wittkop, Werner, v. Winterfeld-Renklin), in der Zusammensetzung die früheren rechtsstehenden Parteien bei stärkerem Hervortreten der Christlich-Sozialen.

In Berlin ist es in den letzten Tagen zu mehreren Arbeitseinstellungen gekommen. So steht bei der Daimler Motoren-Gesellschaft in Berlin-Mariensfeld seit Donnerstag Mittag der ganze Betrieb still. Die Beamten haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt und streiken ebenfalls. Die Arbeiter fordern Abschaffung der Affordlöbne und Einführung des Tagelohnes, und zwar eines Tagelohnes von 25 Mark für gelehrte und 20 Mark für ungelehrte Arbeiter. Die Beamten verlangen entsprechende Gehälter. Die Gesellschaft hat sich bereit erklärt, probeweise für drei Wochen den Tagelohn einzuführen. Ein Vertreter des Volksgenossenschaft hat Verhandlungen mit den Streikenden geführt, sich damit zufrieden zu geben. Sie sollten einsehen, daß die Sozialisierung der Betriebe nicht von heute auf morgen durchgeführt werden könne; aber seine Vorstellungen waren vergeblich. Am Dienstagmorgen haben ferner in einer Anzahl kleinerer und mittlerer Betriebe in Mariensfeld und Mariendorf die Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Streik hat jetzt auch die Deutschen Motorenwerke in Mariensfeld, das Benzenwerk und teilweise auch Siemens-Schuckert ergriffen. Die Arbeitgeber stehen auf dem Standpunkte, daß bei Belegung

dieser Streiks zum ersten Male das zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften am 14. November abgeschlossene Uebereinkommen zur Anwendung kommen müsse. Danach darf nicht mehr zwischen der einzelnen Firma und den Arbeitern, sondern es muß zwischen den Verbänden und der Gewerkschaft, in diesem Falle also zwischen dem Verband Berliner Metall-Industrieller und der Berliner Zentrale des Deutschen Metallarbeiterverbandes, verhandelt werden. Meldungen, daß die Bergarbeiterstreiks bereits beigelegt seien, treffen leider nicht zu. Es ist richtig, daß in Oberschlesien die Belegschaften verschiedener Gruben wieder eingezogen sind, dafür sind aber die Belegschaften anderer Gruben wieder ausständig geworden, so daß der Kohlenverhand sich auf der Höhe vom Sonnabend zum Montag hält. Auch aus dem Rheinland wird berichtet, daß der Streik in etwa der gleichen Stärke fort dauert.

Wie die Basler Grenzblätter berichten, sind nunmehr sämtliche Rheinübergangsstellen, sowohl diejenigen bei Rühlheim, als auch diejenigen bei Dreifach, für den Verkehr gesperrt. Einzig und allein die Zollbehörden sind auf dem linken Rheinufer auf ihrem Posten geblieben. Die Waffenstillstandsbedingung, wonach Eisen-Vorräte bis 21. November von deutschen Truppen geräumt sein mußte, ist wie französischerseits zugegeben werden wird, erfüllt worden.

Dertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, 26. November 1918.

Die am gestrigen Mittwoch abgehaltene Gemeinderatsitzung wurde von Herrn G. V. Richter eröffnet, an dieser Sitzung nahm zum ersten Male der für unseren Ort gewählte Arbeiterrat teil. Auf ein Gesuch um Beihilfe für den Kinderhort sind von der Amtshauptmannschaft 200 Mark bewilligt worden. Das Gaswerk erklärte sich bereit für neu angeschlossene Teilnehmer, da Gasleitungen fehlen, Pauschalbeträge einzuführen. Gegen den Bau der beabsichtigten Häuser seitens der Firma August Walthers & Söhne A.-G. an der Moritzgasse ist von der Staats-eisenbahn Widerspruch erhoben worden, da bei eventl. Gleisverlegungen das Gelände benötigt wird. In der Volksliste wurden im Monat Oktober 23470 Portionen abge-

geben. Herstellungspreis für eine Portion stellte sich auf 32 Pfg., Beihilfebeitrag betrug 1178 Mark. Die Kartoffellose weist einen Ueberschuß von 8640 Mark auf, ein von Herrn Drehtler gestellter Antrag will diese Summe auf 3000 Mark herabgesetzt haben, es wird beschlossen, den Bestand auf 5000 Mk. zu belassen und den Rest im nächsten Jahr zur Verteilung von Kartoffeln zu verwenden. Das geplante Bauprojekt im Oberdorf ist leider nicht genügend vorgeschritten, da die kirchlichen Oberbehörden sich bis jetzt noch nicht zum Verkauf haben entschließen können. Dierauf brachte der Vorsitzende die Bedingungen zum Bau von Kleinwohnungen zur Kenntnis und fanden dieselben allseitige Aufnahme. Weiter kamen die Vorschriften für Erwerbslosenfürsorge zum Vortrag. Als Vertreter wurden für die Arbeitgeber Herr Fabrikbesitzer Rog Walthers, Herr Gutbesitzer Drehtler und Herr Malermeister Bud; von den Arbeitnehmern Herr Drehtler, Herr Wollbrand und Herr Lüdrich gewählt. Den Vorsitz führt Herr Gemeindevorstand Richter. Ueber eine zu gewährende Entschädigung für Mehraufwand beim Bau von Wohngebäuden wurde beschlossen, diese Angelegenheit zur späteren Erledigung zurückzustellen. Eine Anregung der Amtshauptmannschaft betr. das Wegwerfen von Scheideln usw. hat bereits Erledigung in der Schaffung eines Schutt- und Abfalldepot gefunden. Gegen das gestellte Naturalisierungsgesuch des Schneidemüllers Moritz Boppe werden Bedenken nicht erhoben. Von den anzulegenden Fußweg am früheren Gärberischen Grundstück übernimmt vorläufig die Gemeinde die Verpfichtung der Unterhaltung. Den laut Gesetz neu zu wählenden Gemeinderat beschließt man aus 10 Gemeinderatsmitgliedern, 2 Gemeindevorstände und einen Vorstand zusammenzusetzen. Die Wahl soll am 29. Dezember stattfinden. Hierauf entspinnt sich eine längere Aussprache über die Gemeindevorstände und Klein-Okrilla, da eine Vereinigung der hiesigen Gemeinden zu einer einzigen Gemeinde angestrebt werden soll. Der jetzt Kassierer, Herr Lüdrich, welcher nur vertretungsweise die Kassengeschäfte führt, hat seinen Abschied eingereicht und wird beschloffen, die Stelle auszuschreiben. Ueber das Schmieden des Ortes zur Heimkehr unserer Krieger teilt der Vorsitzende mit, daß da eine besondere Hinweis an die Gemeindevorstände nicht erst notwendig sei, da dies bereits zum Teil in lobenswerter Weise geschehen sei. In geheimer Sitzung beschloß der Gemeinderat u. a. von Ausschreibung der erledigten ständigen Lehrstellen abzusehen und zur Wahl den Hilfslehrer Dietrich vorzuschlagen.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-N. genehmigte die Aufnahme eines Darlehns durch den Gemeindeverband Ottendorf-Okrilla, Groß- und Kleinotkrilla zwecks künstlicher Uebernahme des der Haffia, S. m. b. H. in Okerode a. S., gehörigen Gaswerkes in Ottendorf, sowie die Zergliederung des Grundstücks Blatt 25 des Grundbuches für Ottendorf. Das Gesuch des Gemeinderates zu Summersdorf bei Med. um eine weitere Beihilfe zu den Kosten des Umbaus der Röderbrücke und der Wiederherstellung des anschließenden Kommunikationsweges nach Medingen wurde dahingehend genehmigt, daß zu den bisherigen Beihilfen von 2000 Mark weitere 1000 Mark bewilligt wurden. Der Gemeinde Grünberg wurden als Beihilfe aus Staatsmitteln zu Wegebaukosten 300 Mark aus dem Fonds der Kreisamtsverwaltung bewilligt.

In kurzer Frist kehren Hunderttausende von Kriegern in das Land und damit in ihren Berufen zurück. Die Verhältnisse auf

dem Arbeitsmarkte erleiden dadurch einen völligen Umschwung. An die Stelle des heute herrschenden Arbeitermangels wird Arbeiterüberfluß und Arbeitsknappheit treten. Den vielen, vielen Tausenden Zurückkehrenden muß so schnell als möglich eine Erwerbsmöglichkeit geboten werden. Eine Folge dieser Notwendigkeit ist, daß viele weibliche Arbeitskräfte allmählich wieder weichen müssen, wenn nicht Tausende von zurückkehrenden Kriegern in der nächsten Zeit brotlos sein sollen. Die schwierige Frage der Rückführung der Frauen von der Kriegs- und Friedenswirtschaft einer befriedigenden Lösung zuzuführen, ist äußerst wichtig, umso mehr, als es sich hierbei um die Erhaltung und Stärkung unserer Volkskraft handelt. Worauf es vor allem ankommt, das ist die Notwendigkeit, die Frau in einen ihrer Eigenart entsprechenden Beruf zu bringen oder sie soweit als möglich dem Hause und der Familie zurückzugeben. Selbstverständlich können nicht viele Tausende von Frauen plötzlich entlassen werden, wenn nicht dadurch eine schwere Deunruhigung in weiten Schichten der Bevölkerung herbeigeführt werden soll. Man wird deshalb zunächst die Gruppen festzustellen haben, die in erster Linie zur Entlassung in Frage kommen können. Zweifelloos ist die Anzahl der Frauen nicht gering, die heute den dringenden Wunsch haben, dem Leben, in das sie durch die Verhältnisse des Krieges vielfach hineingeworfen worden sind, ein Ende zu machen und wieder aus den Fabriken oder wo sonst immer sie beschäftigt sein mögen, in die reinere Luft ihrer Häuslichkeiten zurückzukehren. Soweit dieser Wunsch die Frau nicht selbst zur Rückkehr an ihre frühere Stätte veranlaßt, wird man vor allen Dingen die entlassen, die durch die Rückkehr ihrer Männer sozial so gestellt sind, daß sie ihren früheren Haushalt wieder weiterführen können. Frauen, die aus anderen Berufen stammen, also insbesondere landwirtschaftliche Arbeiterinnen, werden der Landwirtschaft, die in weitem Umfang weibliche Arbeitskräfte beschäftigten kann, wieder zugeführt werden müssen. Ein besonderes Kapitel sind die jugendlichen Arbeiterinnen, deren Rückführung eine besondere Sorgfalt verdient, da die jungen Mädchen, die heute jahrelang in den Fabriken mit Männern zusammen gearbeitet haben, bei plötzlicher Erwerbslosigkeit leicht sittlichen Gefahren ausgesetzt sind. Während der Uebergangswirtschaft wird der Konkurrenzkampf zwischen Mann und Frau von erbitterter Schärfe sein. Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß dieser Zustand auf die Dauer so bleiben wird. Wenn erst eine geordnete Friedenswirtschaft eingetreten ist, wird die Zahl der unbeschäftigten Frauen bei weitem nicht mehr so groß sein, als man heute anzunehmen geneigt ist. Es muß berücksichtigt werden, daß der Ausfall an Männer in diesem Kriege groß ist und durch die schweren Kriegesbeschädigungen zunächst weiterhin noch so groß bleiben wird, daß man annehmen kann, daß die Frau diese Männer geradezu ersetzen muß und daß ihre Arbeit in gewissem Umfang für die Zukunft unentbehrlich ist. Es gilt nur, über die Uebergangszeit hinwegzukommen, wo so zu sagen Männer- und Frauenarbeit auseinanderprallen. Daß der Ausgleich eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird, ist unvermeidlich. Der Staat wird alles tun müssen, um der entlassenen Frau die Möglichkeit zu geben, ihrer höheren Pflicht, an die Wiege des Kindes zurückzukehren, genügen zu können. Das ist eine Pflicht, die uns der Selbsterhaltungsbetrieb mehr denn je gebietet.

